



EINLADUNG

Landesdelegiertentag in Lahnstein

GdP. Wir gestalten Zukunft.

Polizei
201419. Ordentlicher
LandesdelegiertentagGewerkschaft der Polizei
Rheinland-Pfalz

11. - 13. Juni 2002

Dorint-Hotel
Zu den Thermen
56112 Lahnstein
Telefon 02621 - 91 20Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

in wenigen Tagen wird der Delegiertentag der GdP in Lahnstein stattfinden. Die Gremien der GdP: Landesvorstand, Bezirks- und Kreisgruppen, Frauen-, Senioren- und Junge Gruppe, die Fachauschüsse Tarif, Verwaltungsbeamte, Kriminal- und Schutzpolizei – und nicht zuletzt unsere Geschäftsstelle haben intensiv an den Vorbereitungen gearbeitet. Der organisatorische Rahmen und der Ablauf wurden geplant und gestaltet. Allen Beteiligten gilt mein herzlicher Dank für die große Unterstützung.

Die Mitglieder der Antragsberatungskommission haben eine Vielzahl von Anträgen gesichtet, geordnet und mit Empfehlungen versehen. Wir hoffen auf spannende Diskussionen. Der Millenniumswechsel, die Globalisierung und das bisher für undenkbar gehaltene Ausmaß terroristischer Bedrohung haben auch in der rheinland-pfälzischen Polizei ihre Spuren hinterlassen. Es gilt Altbewährtes zu hinterfragen und Entwicklungslinien zu zeichnen. Zu all dem muss sich eine moderne Gewerkschaft der Polizei positionieren.

Bereits vor einem Jahr wurde ein Arbeitskreis einberufen, der das bisherige GdP-Programm „Polizei 2000“ fortschreiben sollte. Viele engagierte Männer und Frauen haben sich in mehreren Unterarbeitskreisen zu ‚ihren‘ Themen geäußert und Thesen erarbeitet. Der Arbeitskreis hat aus der Vielzahl der Papiere einen Entwurf gefertigt, der aktuell in den oben genannten Gremien der GdP diskutiert wird. Ein eigens eingerichtetes Seminar der GdP setzte sich mit dem Programmentwurf auseinander. Die GdP hofft – wie es schon mit dem Programm Polizei 2000 umfassend gelang – der Organisation Polizei und darüber hinaus auch in anderen Bereichen wie Jus-

tiz oder Kommunen Meilensteine zu setzen, die uns weiter nach vorne bringen und uns mit der rasanten Entwicklung Schritt halten lassen. Es ist zwar ‚nur‘ das Programm der GdP, wir laden aber alle gesellschaftlichen Gruppen, Parteien, und Verwaltungen, nicht zuletzt die Regierung zur Diskussion ein.

Natürlich werden vor einem Delegiertentag nicht nur Sach- sondern auch Personalfragen diskutiert. Die personellen Vorschläge deuten auf einen Generationenwechsel im Landesvorstand hin. Unsere Seniorengruppe ist bundesweit seit Jahren Vorbild. Ich gratuliere den Frauen und den Jungen, die im Februar neue Vorstände gewählt haben. Eure kritische Mitarbeit ist ausdrücklich gewünscht!

Der Delegiertentag wird Wahlen durchführen und über das neue Programm und die Anträge befinden. Der 12. Juni wird dem offiziellen Teil gewidmet sein: Diskussionen mit dem Minister runden die Themen ab. Der anschließende ‚Markt der Kommunikation‘ wird Gelegenheit geben, mit Gästen die Diskussionen fortzuführen.

Auf ein gutes Gelingen!

Euer Ernst Scharbach

GdP und PSW im
Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

eMail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Armutszuwendungszeugnis

Die Landesregierung stellt die bisher noch in DM ausgewiesenen Sätze der Jubiläumszuwendung auf Euro um. Die Chance zur deutlichen Anhebung der Sätze wurde allerdings verpasst.

Mit einer Änderung der Jubiläumszuwendungsverordnung bringt die Landesregierung bei den Beamtinnen und Beamten mit langer Dienstzeit in Erinnerung, dass der Euro als Zahlungsmittel Einzug gehalten hat. Das sind die neuen Sätze für die Zuwendung:

Dienstzeit von	
25 Jahren	306,78 €
40 Jahren	409,03 €
50 Jahren	511,29 €

Während bei der Preisgestaltung in der freien Wirtschaft der Eindruck entsteht, dass die Preise geblieben sind und lediglich die Währungszeichen getauscht wurden, hat es die Landesregierung leider versäumt, die Änderung der Verordnung für ein richtiges Dankeschön an verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer spürbaren Anhebung der

Jubiläumszuwendung zu nutzen. Ganz im Gegenteil wird in der Begründung des Entwurfes noch einmal auf die mit dem Steuergesetz 1999/2000 eingeführte Steuerpflicht für die Zuwendung hingewiesen. Damit beträgt der Nettobetrag nur noch ca. 50% des Nominalwertes. Wie toll wäre es, wenn der Jubilar nach Abzug der Steuern und des Werteverlustes nach Preissteigerung wenigstens so viel aufs Konto bekäme, dass er sein Dienstjubiläum im Kreise seiner Kolleginnen und Kollegen feiern kann, ohne aus dem eigenen Geldbeutel noch draufzahlen zu müssen.

Die weiteren Änderungen betreffen die bessere Anrechnung von Teilzeitbeschäftigungen und redaktionelle Anpassungen.

Wie gesagt: Ein Armutszuwendungszeugnis.

Akzeptanz schaffen

Die Beförderungen vom 17. Mai sind vorbei – und mit ihnen Anlass für Freude, häufig aber auch für Frust und Unfriede. Immerhin konnte das Innenministerium mit seinem Budget ca. 1.600 Beförderungen ermöglichen. Das sind bei ca. 9.000 BeamtInnen über 17 %. Vielen ist das zu wenig – viele wollen aber auch nicht hören, wie knapp wir einer noch engearen Haushaltsbewirtschaftung entkommen sind.

Viele argumentieren auch zu recht, dass eine entgangene Beförderung das Eine, die dazu gefertigte Beurteilung aber das Andere sei. Die GdP verweist in diesem Zusammenhang nochmals auf die Studie „Polizei und Fremde“ und die Mitarbeiterbefragung der Kommission Innere Führung. In beiden Analysen wurde die massive Frustration durch Beurteilungen bestätigt. Unterstützung erhalten die Kolleginnen und Kollegen durch die Vorgesetzten:

Das Beurteilungsverfahren müsse vereinfacht werden.

Die GdP schlägt vor, die Anlässe für die Beurteilungen deutlich zu reduzieren. Wir schlagen dem Ministerium vor, die erste Beförderung nach dem Laufbahnwechsel zur Regelbeförderung zu machen. Außerdem sollte das Beurteilungsfeld vereinfacht werden. Im September 2000 hatte die letzte Besprechung zum Thema Beurteilungen stattgefunden. Die Erfahrungen der letzten Beurteilungsrunden sollten erneut ausgetauscht und entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

BEIHILFE

Und weiter geht die Abzocke

Die Regierung will die Beamtinnen und Beamten erneut zur Kasse bitten. Die neueste Masche: Die Beihilfavorschriften werden so verändert, dass bei der Inanspruchnahme von Wahlleistungen eine Zuzahlung abverlangt wird.

Was hat man vor? Im neuen § 4 a der BVO wird bestimmt, dass der Beihilfeberechtigte nur dann einen Anspruch auf Beihilfe für Wahlleistungen (z.B.: Chefarztwahl, Zweibettzimmer) hat, wenn er sich bereit erklärt, eine Eigenleistung von monatlich 13 € zu erbringen, die man sich vom Gehalt abziehen lassen muss. Dies muss innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Änderung zum 1. Juli 2002 erklärt werden. Auf diese Ausschlussfrist werden alle Beihilfeberechtigten hingewiesen. Wer die Frist versäumt, verzichtet also für die Zukunft auf die Beihilfe für Wahlleistungen.

Neben der neuen Monatspauschale für die Wahlleistungen kassiert das Land wie bisher einen Tagessatz bei Inanspruchnahme der gesondert berechneten Unterkunft im Zweibettzimmer. Das waren bisher 24 DM, jetzt beträgt der Satz 12,27 € pro Tag.

GdP und DGB haben diesen erneuten Griff ins Portemonnaie der Beamtinnen und Beamten abgelehnt und bei der Regierung und dem Parlament gegen die Einschnitte protestiert. Da die Landesregierung das Nein von GdP und DGB bereits bei der Änderung des LBG nicht berücksichtigt hat, ist davon auszugehen, dass auch die jetzige Anhörung nach § 105 LBG zur Änderung der Beihilfeverordnung wiederum als eine Farce anzusehen ist. **Wen wundert es auch, hat doch der Deutsche Beamtenbund (anwesend war für die DPoIG im DBB in der Anhö-**

rung der stellv. Vorsitzende Wolfgang Faber) der Änderung des LBG „mit Bauchgrimmen“ zugestimmt!

Und so werden wir dann zukünftig, wenn wir keine Einschränkungen in der Leistung hinnehmen wollen, monatlich abgezockt: Neben den privaten Versicherungskosten verlangt der Dienstherr z.B.: von einem Beihilfeberechtigten und dessen Ehefrau eine Eigenbeteiligung von:

Beihilfeberechtigter	:	
61,36 € jährlich für Arzneimittel	:	
Ehefrau	:	
61,36 € jährlich für Arzneimittel	:	
Wahlleistungspauschale	:	
156,00 € jährliche Zuzahlung	:	
zusammen	:	
278,72 €	:	

Mache sich jeder selbst ein Bild von der Fürsorge seines Dienstherrn.



Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon: (06 131) 96 00 90
Telefax: (06 131) 96 00 9 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon: (06 31) 369 2313
Telefax: (06 31) 369 2314
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom
1. 9. 2000

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG.
DruckMedien
Postfach 1452, 47594 Geldern
Hartstraße 4-6, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

URLAUB UND MUTTERSCHUTZ

Neues Recht

Beamtinnen und Beamten der Polizei haben ab sofort bessere Rechtsbedingungen, die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu organisieren. In der neuen Urlaubsverordnung wird das Modell der Elternzeit aus dem Bundeserziehungsgeldgesetz übernommen und ersetzt den bisherigen Erziehungsurlaub. Darüber hinaus wird die Übertragung und Abwicklung von Jahresurlaub auf neue FüÙe gestellt.

Zum 1. Mai 2002 ist die Dritte Landesverordnung zur Änderung der Urlaubsverordnung und Mutterschutzverordnung (GVBl. S. 172) in Kraft getreten. Sie enthält eine Reihe wichtiger Neuregelungen für Urlaub, Teilzeitbeschäftigung und Mutterschutz.

■ Dauer des Erholungsurlaubes (§ 8 UrlVO)

Bei Verteilung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit auf mehr oder weniger als 5 Tage in der Kalenderwoche erhöht oder erniedrigt sich der Urlaubsanspruch im gleichen Verhältnis. Berechnet wird mit 1/260 der Urlaubstage zuzüglich eines etwaigen Zusatzurlaubes. Bei häufig wechselnder oder ungleichmäßiger Verteilung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit auf Arbeitstage oder Dienstsichten wird der Erholungsurlaub einschließlich Zusatzurlaub auf Stunden umgerechnet. Jeder Urlaubstag wird mit 1/5 der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit bewertet. Beide Regelungen gelten auch für Teilzeitbeschäftigte.

Der Erholungsurlaub mindert sich um 1/12 für jeden vollen Monat eines Urlaubes ohne Dienstbezüge und beim Blockmodell der Altersteilzeit.

■ Urlaubsübertragung (§ 11 UrlVO)

Auf Vorschlag der GdP entfällt die gesamte bisherige Regelung für die Urlaubsübertragung. Bisher musste bei Krankheit oder sonstigen dienstlichen oder persönlichen Anlässen bis zum 30. April eines Jahres die Übertragung des Resturlaubes beantragt und genehmigt sein.

Wer die Frist versäumte oder nicht rechtzeitig die Genehmigung erhielt, war plötzlich mit dem Verfall des Resturlaubes konfrontiert. Besonders problematisch waren dabei Fälle, wo ein Resturlaub im April angetreten wurde, aber durch Krankheit abgebrochen werden musste. Hier konnte nur mit gerichtlichem Eilentscheid der Verfall des Urlaubes aufgehoben werden. Deshalb plädierte die GdP für eine Neuregelung analog Bundesurlabsrecht. Dem ist die Landesregierung gefolgt. Die neue Regelung: „Der Urlaub soll im Urlaubsjahr verbraucht werden. Urlaub, der nicht bis zum 30. September des Folgejahres abgewickelt wurde, verfällt.“ Es gilt also eine um fünf Monate längere Frist für die Abwicklung des Resturlaubes, aber es gibt keine Übertragungsmöglichkeiten über den 30. September hinaus.

■ Kinderbetreuung (§ 11 a UrlVO)

Wer für mindestens ein Kind unter 12 Jahren die Personensorge hat, kann einen Teil seines Erholungsurlaubes über Jahre hinweg ansparen und im Block nehmen. Aufs „Sparkonto“ dürfen die Urlaubstage gebucht werden, die den für einen Zeitraum von 4 Wochen benötigten Erholungsurlaub übersteigen. Der angesparte Urlaub verfällt mit Ablauf des 12. Urlaubsjahres nach der Geburt des letzten Kindes.

■ Schichtdienstzusatzurlaub (§ 18 UrlVO)

Bei der Freistellung im Blockmodell der Altersteilzeit wird der Zusatzurlaub für Schichtdienst nicht wie bei den Teilzeitbeschäftigten gekürzt.

■ Elternzeit (§§ 19 a – c UrlVO)

Analog dem Bundeserziehungsgeldgesetz können die Beamtinnen und Beamten Elternzeit in Anspruch nehmen. Die Regelung gilt für beide Elternteile, die nicht wie bisher nur einzeln, sondern jetzt auch gemeinsam ganz oder teilweise einen Urlaub ohne Dienstbezüge für 3 Jahre zur Kindeserziehung in Anspruch nehmen können. Bei den eigenen Kindern gilt dies für die ersten 3 Lebensjahre des Kindes, bei

den Adoptivkindern ebenfalls für 3 Jahre, aber längstens bis zur Vollenendung des 8. Lebensjahres des Kindes. Die Elternzeit kann auf 4 Abschnitte verteilt werden; die alleinige Inanspruchnahme durch den anderen Elternteil findet dabei Anrechnung. Hinzu kommt für den Vater die Möglichkeit der Elternzeit während der Mutterschutzfrist nach § 4 MuSchVO. Während der Elternzeit kann eine Teilzeitbeschäftigung bis zu 30 Wochenstunden bewilligt werden. Die bisher für den Erziehungsurlaub geltenden Regelungen für den Entlassungsschutz, den Anspruch auf Beihilfe und die Erstattung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung bis zu 30, 69 € werden auf die Erziehungszeit übertragen.

■ Freistellung für Jugendarbeit (§ 26 Abs. 2 UrlVO)

Bei der Freistellungsregelung für die ehrenamtlich und leitend in der Jugendarbeit tätigen Beamtinnen und Beamten wird die Rückverweisung auf die alte Rechts-

regelung von 1953 aufgehoben. Regelungsgrundlage für die Freistellung unter Fortzahlung der Dienstbezüge ist künftig das Landesgesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit vom 5.10.2001 (GVBl. S. 209).

■ Sonderurlaub bei Niederkunft der Lebenspartnerin (§ 31 UrlVO)

Die bisherige Beschränkung der Gewährung von Sonderurlaub auf den Fall der Niederkunft der Ehefrau wird aufgegeben. Künftig erkennen die Dienststellen auch die Niederkunft einer Lebenspartnerin als wichtigen persönlichen Grund an und gewähren Sonderurlaub. Das geht auf die Verpflichtung aus den §§ 2 und 11 Lebenspartnerschaftsgesetz zurück, das Lebenspartner einander zur Fürsorge und Unterstützung verpflichtet und sie wie Familienangehörige einstuft.

BUNDESSENIORENKONFERENZ



Heinz Blatt bleibt Vorsitzender der GdP-Seniorengruppe. Bei der Bundessenorenkonferenz in Bayreuth erhielt er alle Stimmen der 111 Delegierten. Zu den ersten Gratulanten gehörten GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, sein Stellvertreter Bernhard Witthaut und die rheinland-pfälzischen Delegierten.

GdP informiert über Altersversorgung

Rente, Riester-Rente und Betriebsrente, das sind die Bausteine, aus denen sich künftig die Altersversorgung der Angestellten und Arbeiter/innen der Polizei zusammensetzt. Welche wichtigen Neuerungen in den letzten Monaten in Kraft getreten sind und welche Erfolge dabei die GdP erzielen konnte, dazu stellten sich jetzt die Tarifexperten der GdP den Fragen der Kolleginnen und Kollegen.

Am Aschermittwoch war die Info-Kampagne der GdP in Koblenz gestartet. Auf Einladung der übli-



GdP-Tarifexpertin Dini Körner

gen Polizeibehörden und – einrichtungen referierte Dini Körner, Tarifsekretärin beim GdP-Bundesvorstand, am 11. Mai 2002 bei zwei Folgeveranstaltungen in Enkenbach-Alsenborn und Mainz. Um es vorweg zu nehmen: Sie hat ihre Sache ausgezeichnet gemacht. In anschaulicher Weise konnte sie verdeutlichen, dass die Umstellung von der alten Zusatzversorgung zur neuen Betriebsrente ohne die befürchteten hohen Eigenbeiträge oder Einschnitte bei der Rentenzahlung vereinbart werden konnte. Der GdP ist damit ein ganz wichtiger Erfolg bei der Sicherung der Alters-einkünfte der Tarifbeschäftigten in der Polizei gelungen. Entsprechend groß die Resonanz auf die Einladung: Bei den beiden Veranstaltungen informierten sich fast 400 Kolleginnen und Kollegen aus erster Hand

über die neue Betriebsrente.

Ähnlich der Zuspruch für das Seminarangebot der GdP zum Thema „Rente und Betriebsrente“, es hätten für den 22./23. April 2002 leicht drei Seminargruppen nach Brodenbach eingeladen werden können.

In diesem Seminar referierte Herr Nepl von der LVA über Änderungen/Neuerungen in der gesetzlichen Rente. Er machte sehr deutlich klar, dass für einen sorgenfreien Ruhestand die gesetzliche Rente in Zukunft nicht mehr ausreichen wird. Das Hauptproblem liegt in der absehbaren Entwicklung der Bevölkerung; steigende Lebenserwartung der Menschen, schrumpfende Zahlen der aktiven Arbeitnehmer infolge sinkender Geburtenraten und steigende Arbeitslosigkeit. Immer weniger Berufstätige müssen die Renten für immer mehr Ruheständler aufbringen. Damit das Rentensystem (Generationenvertrag) nicht vollends brüchig wird, musste eine Neuausrichtung des Alterssicherungssystems erfolgen.

Die wichtigsten Punkte der gesetzlichen Rentenreform:

- Das Rentenniveau von derzeit 70 % wird schrittweise auf 67 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens gesenkt.

GdP-Mitglieder haben in Sachen Altersversorgung gute Karten:

Unser Partner SIGNAL-IDUNA gibt exklusiv den GdP-Mitgliedern 5 % Bonus auf die Riester-Renten-Verträge. Nähere Infos Dienstags Vormittags unter Tel.: 06131 – 96009-50.

- Zum Ausgleich der drohenden Versorgungslücke fördert der Staat den Aufbau einer kapitalgedeckten privaten oder betrieblichen Zusatzversorgung (Riester-Rente).

- Kürzungen in der Hinterbliebenenversorgung und bei der Rente bei Erwerbsminderung

- Einführung der neuen Grundsicherung

Weitere Ausführungen machte Herrn Nepl zur „Riester-Rente“. Diese Art der staatlich geförderten

Altersvorsorge wird jetzt auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eröffnet.

Über die Änderungen in der Zu-

Die Zusatzversorgung (Gesamtversorgungssystem) wird rückwirkend zum 31.12.2000 geschlossen und durch ein Punkte-



Vor der Rente kommt der Kaffee. Kolleginnen aus Trier informieren sich bei der GdP.

satzversorgung, jetzt Tarifvertrag „Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV)“ referierte Kollegin Ruthild Burkei, Mitglied FA Tarif der GdP.

Gleichgelagerte Probleme wie in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes zur Neuord-

Modell ersetzt, das maßgeblich abhängig ist vom Alter, Einkommen und Beschäftigungszeit (Erwerbsbiografie).

Dieses System verspricht mehr Transparenz und Überschaubarkeit des neuen Leistungsrechtes.

- Bisherige Rentenleistungen und Anwartschaften aus der VBL werden zum Zeitpunkt der Einführung des neuen Systems ermittelt und in dieses transferiert.

- Eine Neuberechnung der Renten auf dem Stand von 1999 entfällt, die Rechtsprechung zur Halb-anrechnung (Zeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes) muss nicht mehr umgesetzt werden. Dies erspart 5 Prozent-Punkte an Umlagen und weitere Steuer- und Sozialversicherungsabgaben.

- So gut wie keine Umlageerhöhung für die Beschäftigten. Anhebung um 0,16 % auf 1,41 %, alle weiteren Umlageerhöhungen trägt der Arbeitgeber alleine. Anhebung des Pauschalsteuerbetrages auf 180 DM.

- Besondere Absicherung der rentennahen Jahrgänge. Beschäftigte, die am 01.01.2002 das 55. Lebensjahr vollendet haben, erhalten

im Ergebnis ebenfalls die Renten, mit denen sie nach dem alten System rechnen konnten. Dynamisierung zum 01.07. eines jeden Jahres um 1 Prozent.

- Kein Einfrieren der Rente ab 2002 auf dem Niveau 2000. Dynamisierung der Rente um 1 % pro Jahr, unabhängig von der gesetzlichen Rente.

- Berücksichtigung sozialer Komponenten wie

- Zurechnungszeiten bei verminderter Erwerbsfähigkeit

- Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten

- Anhebung auf einen Mindestpunktwert bei Einkommen unter 3.600 DM brutto

- monatlich bei Vollzeitbeschäftigung.

- Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-Rente) eröffnet.

- Bis spätestens Ende dieses Jahres soll ein weiterer Tarifvertrag die Entgeltumwandlung (Einzahlen von Urlaubs-/Weihnachtsgeld in die

Betriebsrente) regeln.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben **in fast allen** Verhandlungspunkten ihre Forde-



Hohe Aufmerksamkeit bei den Kolleginnen und Kollegen des LKA

rungen gegenüber den Arbeitgebervertreter durchsetzen können.

Der „Tarifvertrag über die be-

triebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“ vom 01. März 2002, der die Reform der Zusatzversorgung be-

ten:

1. Zur Berechnung der Anwartschaften haben alle Pflichtversicherten bis zum 31.12.2002 ihrem Arbeitgeber den Familienstand zum 31.12.2001 mitzuteilen, dieser hat die Daten an die Zusatzversorgungseinrichtung weiterzuleiten.

2. Alle Pflichtversicherten, die am 01.01.2002 das 55. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht über eine Rentenauskunft aus dem Jahr 2001 verfügen, haben bis zum 30.09.02. eine Rentenauskunft bei dem gesetzlichen Rentenversicherungsträger (BfA/LVA) zu beantragen und diese unverzüglich der Zusatzversorgungseinrichtung zu übersenden (Frist Eingang bei VBL 31.12.2003).

inhaltet, liegt allen Dienststellen vor und kann dort eingesehen werden.

Folgende Fristen sind zu beach-

BERICHTET

Aus dem HPRP

Der HPRP hat der Kontingentierung für die **Aufstiegsausbildung** zugestimmt: 80 FI, 80 EA und 30 DoQua. 8 Stellen sind bereits ‚gesetzt‘ und 2 bleiben im Moment in Reserve.

Das Ministerium schafft vollendete Tatsachen: Das **Kleidergeld** für die Kripo wurde ebenso wie die „Zivilkleiderentschädigung“ für die Schupo abgeschafft. Das ISM teilt mit, dass „finanzielle Aufwendungen zukünftig nur noch im Einzelfall“ erstattet werden.

Nach der Abstimmung mit den anderen Ressorts wird nun der Beschluss des Ministerrates umgesetzt: Die **krankheitsbedingten Fehlzeiten** werden statistisch erfasst. Auf Antrag des HPRP wurde für die Polizei verfügt, dass der Schichtdienst gesondert erfasst

wird. Wir erhoffen uns davon weitere Argumentationshilfe für Vorgesorgen im Schichtdienst.

Das ISM teilt mit, dass im Vorgriff auf die Änderung der LbVOPol, in der die Probezeit für die **Doquarianer** verkürzt wird, die betroffenen Beamten zum 18. Mai dieses Jahres zum Polizeimeister/in ernannt werden können und die Bezeichnung z.A. wegfällt. Die Ernennung erfolgt rückwirkend zum 1.5. Mit dieser ‚Vorgriffsregelung‘ konnte eine deutliche Besserstellung für die KollegInnen erreicht werden. Denn erst ein Jahr nach Wegfall z.A. wird die Einbeziehung in die Beförderungen zum Obermeister möglich.

Nach dem Auswahlverfahren für die Ausbildung für den höDie wurden 1 Kollegin und 7 Kollegen für



die **Praxisbewährung** zugelassen. 3 kommen vom PP RP, 3 vom PP KO, 1 vom PP MZ und 1 vom LKA.

Der HPRP hat die Einführung eines weiteren Schulterstücks mit **fünf Sternen** abgelehnt.

Die AG „**Äußeres Erscheinungsbild**“ des HPRP hat Vorschläge zur Änderung der vom Ministerium vorgelegten Regelung erarbei-

tet. Die Änderungsvorschläge werden den Gesamt- und örtlichen Personalräten zur Diskussion zugeleitet und im Anschluss daran mit dem Inspekteur der Polizei besprochen.

Dieter Kronauer (Arbeiter), Annemarie Grindel (Angestellte), Ernst Scharbach (Beamte)

SCHICHTDIENST

Ganz normaler Wahnsinn: Auf Streife im 1. Revier

Samstagvormittag. Früh aufstehen, damit die üblichen Kleinigkeiten noch gemacht werden können: einkaufen, waschen, bügeln, kehren. Um 15.00h muss Schluss sein. Vorschlafen vor dem Nachtdienst ist Pflicht. Um 19.00h geht's los. Persönliche Ausrüstung holen und hin zur C-Schicht, in der ich vor 25 Jahren angefangen hatte.

Als ich um 20.00 Uhr eintrudele, hat mein Streifenpartner Boris für sich schon alles parat. Vorgenommen hatte ich mir, zu Beginn der

sonalien. So. Jetzt kann der Nachtdienst richtig losgehen, denke ich. Endlich mal wieder streifen, vielleicht das ein oder andere Neue



Anja Rakowski, Ralf Ruhenstroht und Boris Henritzi (stehend) bereiten den nächsten Einsatz vor.

Schicht durchzusehen, was aktuell anliegt. Keine Chance. SWAF am Gautor. „Aber Polizeiseelsorger Bernd Krämer ist noch nicht da?“ Zu spät, er muss mit einer anderen Besatzung mitfahren.

Auf die Schnelle wird zusammen gepackt, was man so braucht. Beladen wie ein Packesel mit Schutzweste (alt), 4 Meter, 2 Meter, Taschenlampe, Pfefferspray, Regenjacke und Hut geht es ab in den Keller. Endlich die Jungfernfahrt mit dem Streifendaimler. Ach du mein lieber mein Vater. Da braucht es einen Schnellkurs bei den vielen unbekanntem Schaltern. Wie ging das mit dem Video? Apropos Video? Band vergessen. Was man nicht im Kopf hat ... Wo ist denn nun der Schalter für's Blaulicht?

Und schon geht es los zum Schwarzfahrer. Feststellung der Per-

gezielt aufsuchen. Eine kleine Standkontrolle sollte sich wohl auch einfügen lassen? Die Fahrt mit dem Daimler ist ein Genuss. Ruhig und leise surrt der Diesel vor sich hin. Der Sitz lässt sich auf Knopfdruck per Luftpolster an die Luxuskörper anpassen. Auf geht's in die Innenstadt. Fahndung zu Ende: Alarm im Museum. Absuche rundum, „wie immer“ negativ. „Der Verantwortliche kommt aus Mombach“, quäkt Kollege Silberhorn von der Einsatzleitung. Da bleibt nur Warten.

Das Warten gibt Zeit für das derzeitige Skandalthema der Schichten in Mainz: Es begab sich, dass ein Kollege Kradfahrer (in grün-weiß) im Rahmen der Streife die Schillerstraße zum Münsterplatz befuhr. Das machen sonst nur Busse und Taxis. Dieses wird von einem Bediensteten des Innenministeriums beobachtet, der gerade mal nicht am

Schreibtisch knechtet, sondern aus dem Fenster schaut (um nachzudenken?). Es erfolgt ein Anruf beim Polizeipräsidium: „Warum fährt ein Polizeikrad über den Schillerplatz?“ Der Inspektionsleiter wird bemüht. Helle Aufregung! Ein lebendiger Wachtmeister auf dem Schillerplatz? Und der weigert sich nun auch noch eine schriftliche Stellungnahme für das ISM einzureichen mit ausführlicher Begründung, wie er sich leisten konnte, die Fußgängerzone zu missbrauchen? Da bezahlt er lieber 15 € Bußgeld. Steht da nicht in § 35 StVO, dass die Polizei von der StVO befreit ist, wenn hoheitliche Tätigkeiten dies gebieten? Aber, so wendet das ISM ein, dies sei doch nicht ‚dringend geboten‘. Ach so. Man beginnt zu verstehen, dass hoheitliche Streifenfahrten nicht ‚dringend‘ sind.

Die Dusu des Museums ist noch nicht fertig, schon ruft die Dienstgruppenleiterin, wann man denn endlich fertig sei. In der Rheinstraße wartet ein ‚VU ohne‘. Vom Fehlalarm zum VU. „Warum nimmt ei-

ersten Tasse Kaffee der Nacht am PC. Inclusive Schnellkurs am ‚heißgeliebten‘ POLADIS, dem wir zu verdanken haben, dass die Arbeitszeit von 720 Polizeibeamten freigesetzt wurde (meinte jedenfalls Ex-Staatssekretär Theilen). Wie? Rolle setzen? Kopieren, Kopieren, Kopieren? Aufsteigend oder Absteigend? Straßenklasse? Halt, zuerst P101 machen, damit die Personalien stimmen. Mist. Einträge im Führerschein stimmen nicht mit denen im PC überein. Die Überprüfung muss im nächsten Spätdienst fortgesetzt werden.

„Ihr seid dran mit OS“, ruft Tina. Also los zu den ‚Objekten‘. Zu viele, um sie sich zu merken. Boris zieht einen Zettel mit den zu bestreifenden Objekten aus der Tasche. Jüdische Gedenktafeln, Friedhöfe und Synagogen, moslemische Moscheen, amerikanische Einrichtungen. Dazu der Besuch der Regierungsdelegation aus Ruanda. Ach übrigens: Zwei Streifen stehen auf dem Alicenplatz, weil die Ampel ausgefallen ist. Drei KollegInnen



Ein typisches Bild für die Polizei in Mainz: Bei der Fußstreife gleich im Gespräch mit den Bürgern.

gentlich niemand mehr seine Papiere mit?“ stöhnt Boris und sammelt die Daten auf seinem GdP-Notizblock. Bevor die Hektik losgeht, schreiben wir erst mal den VU, meint Boris. So kommen wir zur

regeln nun für Stunden den Verkehr, während einer den VU aufnimmt und die Stadtwerke verzweifelt nach dem Fehler in der LZA suchen. Hatte ich erwähnt, dass es nieselt?

Frau M. aus dem Paulaner war-

ten vergeblich auf den Gast mit Vornamen Frank, der nur mal kurz zum Auto wollte „um's Geld zu holen“. Bis zu ihrem Feierabend wartet sie auf den Gast vergeblich – auf uns nicht. So wenig wie der Zeuge, der verdächtige Personen an der Baustelle in der Klarastraße gesehen hat.

So. Neuer Anlauf. Es muss doch noch mal etwas werden mit einer ganz normalen Streife, denke ich und fahre in die Fußgängerzone. „Wenn das jemand vom Ministerium sieht, bist du reif“, meint Boris. Zwei Frauen vor dem Dom sind da anderer Auffassung als sie uns sehen. Sie sind im Gegenteil heilfroh, dass ihnen jemand gegen zwei lästige Ausländer hilft, die ihnen die ganze Zeit hinterher laufen. Peko, Ermahnung, Platzverweis. Hundert weitere Meter dauert die Streife. Ein aufgereg-

ter Bürger mit Fahrrad weist uns auf Fahnenmasten hin, die von Jugendlichen verbogen wurden. Die Fahnen sind weg. „Wir haben hier fünf Punkies“, hilft uns eine andere Besatzung. Ach so. Im HdJ ist Punkerfest? Wie interessant. Aus Gera, Marburg und Wörrstadt zu einem Punkkonzert nach Mainz?

Die BFW demontiert die Reste der Fahnenstangen, damit sie nicht auf unbedarfte Fußgänger fallen. Fahrt auf die Dienststelle und Suche nach zwei freien PC. „Du schreibst den Aldi, ich schreibe den Zech“, verteilt Boris. Also wieder POLADIS. Rolle: Zeuge, Anzeigenerstatter oder was? Plötzlich vielfüßiges Getrappel: „Raus, raus, raus“, schallt es über den Flur. Wir hetzen zum „Raub“ Schillerplatz (Ob man jetzt da hin fahren

darf?). Die FZ teilt Bereiche ein, der ELO müht sich um Hinweise. „Die ist so voll, das dauert noch“, sind die ‚wertvollen‘ Hinweise. Nach 15 Minuten wird aus dem ‚Raub‘ eine ‚Hilo‘.

Also zurück zum Revier. POLADIS wurde es zu langweilig und hat sich zwischenzeitlich selbst abgemeldet. „Wer ist dran mit OS?“ „Nein!!! Ich schreibe jetzt erst meine Anzeige fertig“, ruft der Kollege entnervt. „Ich nehme euch das ab“, meint Anja lakonisch, beißt in ihr Brot und zieht mit Dani los. Halb sechs. Unser Seelsorger ist schon weg. Dabei wollte ich ihn doch noch etwas zur Sterbebegleitung fragen, weil ich da gerade im privaten Bereich ...

Der Wagen muss noch getankt werden, kurzer Besuch bei den Kol-

legen der FZ um die Waffe wegzuschließen. Halb sieben. Auto ist ausgeräumt, Fahrtenbuch ausgetragen, Rückgabe allen Geräts vom DGL wurde quittiert. Aber wo sind die Kolleginnen und Kollegen der C-Schicht? Gibt es kein Stubbi mehr nach der Nachtschicht? „Ach Ernsth ...“, meint Tina mit ausdrucksvollem Blick. „Na gut, ein Stubbi geht noch.“

„Du hast eine SMS“, teilt mir Karin nach dem Aufstehen mittags mit. Ich lese: „Hi Ernst, hast Du die Videokass rausgenommen?“ „Ja Boris. Ich habe. Gruß Ernst“

AFUSBILDUNG

23. Studiengang diplomiert

Schulleiter Klaus Werz eröffnete die Diplomierungsfeier mit einer Gedenkminute an die Opfer von Erfurt, denen in diesen Tagen alles Mitgefühl gelte. Der Saal des Tagungszentrums hüllte sich in tiefes Schweigen.

Wertz berichtete, dass der 23. Stg. mit 95 AnwärterInnen und 156 AufstiegsbeamtenInnen gestartet war; im Einweisungslehrgang (EWL) waren bereits 8 AnwärterInnen ausgestiegen. 14 brachen während des Lehrgangs ab; 237 wurden schriftlich geprüft; 219 (- 18) wurden zur mündlichen Prüfung zugelassen; 207 (-12) bestanden auch diese Hürde. Vom ersten Tag des EWL bis zur Diplomierung fehlten mithin 20 % (52). Der Notenschnitt erreichte 9,2 Punkte. Lehrgangsbester mit jeweils 12,1 Punkten wurden Monika Schmitt, Birgit Stattfeld und Heiko Heß. Markus Moog erhielt auf Vorschlag der StudentInnen wegen seines besonderen sozialen Engagements ein Buchpräsent überreicht.

Aus der Hand von Staatssekretär Karl Peter Bruch erhielten die AbsolventInnen des 23. Studiengangs der Fachhochschule ihr

Verwaltungsdiplom, verbunden mit der Ernennung zum Polizei- oder Kriminalkommissar. „Richten Sie sich darauf ein, dass Sie 4 Millionen Chefs haben werden, denn so viele

finanzielle Situation des Landes hin: „Wir wissen, dass wir personell an der Nahtstelle laufen“, gab er seinem Wunsch nach mehr Personal Ausdruck. „Ich weiß, was auf Sie

für unsere Bürgerinnen und Bürger ein!“

Die Abschiedsworte sprach der Sprecher des Studiengangs, Koll. Gernot Pichler. Er dankte den Verantwortlichen für die Unterstützung und seinen Mitstreitern für die erfahrene Solidarität. Lobende Erwähnung fanden auch Frau und Herr Dansauer mit ihrem Team, das bei vielen Aktivitäten unterstützt habe.

Viele Angehörige der DiplomantInnen ebenso wie viele Gäste aus dem In- und Ausland fanden den Weg auf den Hahn zur Feier, die wie immer sehr professionell und festlich vom Polizeiorchester umrahmt wurde.



Staatssekretär Karl Peter Bruch bei der Ehrung unseres GdP-Mitgliedes PKA'in Monika Schmitt

Einwohner hat Rheinland-Pfalz“, umriss Bruch seine Erwartungen an die Diplomanten. Unterbringung, Ausrüstung und Ausstattung der Polizei seien gut, die Ausbildung an der FH bundesweit Spitze. Ohne Umschweife wies er auf die prekäre

zukommen wird im Beruf. Es wird ihre Aufgabe sein, Sicherheit zu produzieren. Wir werden unser Personal noch effizienter einsetzen müssen als bisher.“ Bruch: „Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Prüfungserfolg. Setzen Sie Ihr Wissen und Können

Bezirksdelegiertentag

Jürgen Moser wurde auf dem Delegiertentag der Bezirksgruppe Westpfalz der Gewerkschaft der Polizei für weitere 4 Jahre als Vorsitzender bestätigt.

Stellvertreter wurden Karl Kauf von der Kreisgruppe Polizeipräsidium und Wolfgang Deny von der Kreisgruppe Polizeidirektion Pirmasens, Kassierer Heinz Rahm (KG PD KL), stellvertretende Kassiererin Regina Funke (KG PD PS).

Schriftführer wurde Walter Horch (KG PD KL). Weitere Vorstandsmitglieder sind Hannelore Hanafiah (KG PD KL), Ruthild Burkei (KG PP) und Karl-Heinz Gorges (KG PD PS), Karin Decker für die Frauengruppe (KG PD KL) und Uli Knirr (KG PP) für die Seniorengruppe.

Den beiden Letztgenannten dankte der alte und neue Vorsitzende ausdrücklich für ihr besonderes Engage-

ment. In seiner Rede vor Delegierten und Gästen in der SG Eintracht in Kaiserslautern machte Jürgen Moser wieder einmal auf das große Personalproblem der Polizei aufmerksam. Man wisse die deutlich verbesserte Ausrüstung und Ausstattung der rheinland-pfälzischen Polizei zu schätzen, dies könne jedoch kein Personalersatz sein. „Mercedes zu fahren ist sicherlich schön, ich habe aber noch keinen mit

zwei Computern Streife fahren sehen!“ meinte er.

Auch Polizeipräsident Gerd Braun sprach in seinen Grußworten das Personalproblem der Polizei an, wobei er hervorhob, dass die Polizei in der Westpfalz von den Auswirkungen des 11. September 2001 besonders betroffen war.

GdP-SEMINAR

Organisations- und Personalentwicklung



Organisations- und Personalentwicklung der rheinland-pfälzischen Polizei im Fokus: Beim GdP-Seminar in Idar-Oberstein sorgte das GdP-Zukunftsprogramm „Polizei 2014“ für eine rege Diskussion

KREISGRUPPE PD MAYEN

4. Tennisturnier

Das traditionelle Tennisturnier der Kreisgruppe PD Mayen wird wieder unter der Anleitung des Tennislehrers und Kollegen Werner Scheid auf den Courts des TUS Kaisersesch stattfinden. Als Termin bitte vormerken:

**Mittwoch,
03. Juli 2002, 14.00 Uhr.**

An den beiden Mittwochen zuvor können interessierte Kolleginnen und Kollegen an gleicher Stelle nachmittags an einem

speziellen und kostenlosen Trainingsprogramm teilnehmen. Anmeldungen und Anfragen bitte per Outlook an den Kollegen Werner Scheid, KI Mayen richten.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Hans Georg Müller, PD Pirmasens, März 02
Elmar Glandien, Bepo Wittl./Wengerohr, März 02
Volker Bohrmann, PP/PD Mainz, März 02
Rolf-Georg Eckardt, PD Neuw./Altenkirchen, Mai 02
Ludwig Seitz, Wapo, Mai 02
Menzel Wolfgang, PP/PD Koblenz, Mai 02
Rupp Erwin, PD Pirmasens, Mai 02
Dahm Reinhold, PP Trier, Mai 02
Horst Steigerwald, Südpfalz, Mai 02
Karl Heinz Schreiner, PD Worms, Mai 02
Heinrich Bauer, PD Worms, Mai 02
Dieter Moerschel, PP Westpfalz, Juni 02
Rainer Lehnert, PP/PD Mainz, Juni 02
Peter Wenzel, PD Wittlich, Juni 02

STERBEFÄLLE

Johanna Maria Hunz, Ehefr. v. Koll Hans Hunz, PP/PD Koblenz, 76
Holger Müller, PD Kaiserslautern, 61 Jahre
Karl Heuser, Wasserschutzpolizei, 75 Jahre
Dr. Walter Paasch, Bepo Mainz, 86 Jahre
Wolfgang Fuchs, PD Neustadt, 83 Jahre
Heinz Robert Molitor, PP/PD Koblenz, 51 Jahre

**Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken
bewahren.**